

te“. Ende September letzten Jahres rief Hoffmann seine GOG-Gefolgschaft nach Bonn zu einer „Nationalversammlung der Länder des deutschen Ostens“, in deren Verlauf sich dann die Notverwaltung des deutschen Ostens etablierte. Die Exil-Regierung, die sich als „Treuhand des Deutschen Reiches“ versteht, beanspruchte für die proklamierten zehn ostdeutschen Bundesländer 140 Sitze im Bundestag und schließlich auch eine eigene Rundfunkanstalt, deren Programm Teschemacher, Hoffmanns Vertrauensmann in Deutschlands Norden, sich so vorstellt: „Der Sender ‚Deutsches Reich‘ soll unzensurierte Meldungen aus der ganzen Welt bringen, denn bei uns wird doch jetzt alles vorgesichtet, was in die Presse kommt.“

Wahrheiten insbesondere über die Bonner „Ost-Politik der Rechtsbeugung“ verspricht sich Teschemacher beispielsweise aus dem „amerikanischen oder russischen Rundfunk“. Sprachkundige Notverwaltungsfreunde sollen deshalb solche Stationen mithören und Übersetzungen für Radio „Deutsches Reich“ anfertigen.

Bei Bundesländern, so im Saarland, wo die Notverwaltung um eine Senderlizenz einkam, hatte sie keinen Erfolg, ebensowenig bei Verkehrs- und Postminister Leber, bei dem sie Ansprüche auf „unsere Heimatwellen“ — die Frequenzen der Ost-Sender Königsberg, Breslau und Reichenberg, auf denen nun unter anderem Radio Luxemburg und Rias Berlin senden — anmeldeten.

So halfen sich die Abgewiesenen selbst. Die technischen Vorbereitungen nahm Hoffmann, unterstützt von einem „Funkentwicklungsingenieur“, selbst in die Hand. Weltkrieg-II-Major Teschemacher wurde vom Chef beauftragt, „Geländeerkundung für den Sender durchzuführen“.

„Weil wir unsere Tätigkeit legal ausüben“ und um nicht mit der Länderrundfunkhoheit zu kollidieren, unternahm Reichs-Treuhand Teschemacher die Geländeerkundung „unter dem Gesichtspunkt, daß der Sender sich außerhalb der Landeshoheit befinden soll, also in der Hoheit des Deutschen Reiches, von der die Bundesrepublik ein Teil ist“.

Solche Voraussetzungen glaubt er am deutschen Meeresstrand gefunden zu haben, denn laut Teschemacher „handeln in der sogenannten Strandzone die Länder im Auftrag des Bundes“. Das ist freilich eine rein private Rechtsauffassung.

Der Rundfunkrechtler und wissenschaftliche Assistent an der Universität Kiel, Dr. Günter B. Krause-Ablaf dagegen: „Es besteht kein Zweifel daran, daß das Landesgebiet ebenso weit wie das Bundesgebiet reicht.“

Schlecht beraten waren die Notverwalter auch bei der Wahl des Adressaten für die Bekanntgabe der Okkupation der UKW-Frequenz 102 Megahertz durch das „Deutsche Reich“. In Kopenhagen tagte die von ihnen in Dänemark vermutete Wellenkonferenz, auf der die Mittel- und Langwellenbereiche aufgeteilt wurden, zuletzt im Jahre 1948.

Otto Köhler

MARX IM OHR

Es war am letzten Oktober-Wochenende. In Eutin wurde der SPD-Landesvorsitzende Joachim Steffen zum Spitzenkandidaten für den Landtagswahlkampf gewählt. In Würzburg erprobte die Aktion Widerstand erstmals die Schlagkraft ihrer Argumente. In Eutin kränkte Steffen den Springer-Konzern als Interessenvertreter der „Reaktionäre“. Durch Würzburg hallten die Parolen „Brandt an die Wand!“

Für „Die Welt“ waren am darauffolgenden Montag die Vorgänge in Würzburg nur 22 Zeilen wert, in denen allein die Gegendemonstration als „heftig“ gewertet wurde. Die Wahl des „autoritären Führers“ der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten behandelten dagegen zwei „Welt“-Berichte mit 249 Zeilen. Au-

schon seinen Augen sprang ein roter Fleck auf“) des Sozialdemokraten benutzt jetzt „Die Welt“ sogar eine Satire gegen Krimi-Brutalität, die Steffen einmal für die „Welt der Arbeit“ geschrieben hatte.

„Bild“ wollte bei der Steffen-Bekämpfung nicht hintenanstehen. „Dieser Mann schadet uns allen“, warnte am letzten Mittwoch das Schwester-Blatt der „Welt“. Grund: Steffen hatte in einem dreistündigen Interview mit dem „Flensburger Tageblatt“ die Frage beantwortet, welche Gefahr in der Bundesrepublik größer sei: die einer kommunistischen oder die einer faschistischen Machtübernahme. Eine kommunistische Machtübernahme hielt Steffen für unmöglich, weil dann nach dem Deutschland-Vertrag die Alliierten sofort eingreifen. In diesem Zusammenhang formulierte er, „daß realiter unter den Bedingungen des Deutschland-Vertrages bei uns nur das gegeben ist, was ich den ‚modernen Faschismus‘ nenne“. Und: „Der Unterschied zur sowjetischen Intervention in der CSSR besteht unter dem Gesichtspunkt der Machterhaltung der Führungsmächte doch nur darin, daß bei uns die alliierten Truppen da sind, während sie bei der CSSR erst einmarschieren mußten.“

Kunstvoll schälte „Bild“ diese beiden Sätze aus dem Zusammenhang der Überlegung, ob bei uns eher die Möglichkeit einer kommunistischen oder einer faschistischen Machtübernahme gegeben sei. Die „Bild“-Präsentation wirkte so, daß auch die „Bild“-Leser im SPD-Parteivorstand glaubten: Steffen sagt, bei uns herrsche jetzt der Faschismus und die Anwesenheit der Alliierten sei so schlimm wie der Einmarsch der Russen in die CSSR.

Beim Kampf gegen den „Ulbricht-Deutschen“ — so Kremp über den stramm antikommunistischen Steffen — müssen sich Springer-Redakteure auch einen Kleinen Marx ins Ohr setzen. „Die Welt“ berichtete über eine Podiums-Diskussion in Kiel, Steffen habe für eine vergesellschaftete Presse der Zukunft einen kollektiven Anzeigen-Pool gefordert. „Die Welt“ formulierte: „Für Steffen ist es klar, daß sich der Pool ‚nach marxistischen Lehren zu richten‘ habe.“ Steffen forderte eine Gegendarstellung, weil er derlei nie gesagt habe. „Die Welt“ schrieb seinem Rechtsanwalt: „Der Verfasser hatte zwar in seinem Stenogramm die Formulierung ‚marxistische Lehren‘ festgehalten, räumte aber ein, daß Ihr Mandant höchstwahrscheinlich ‚statistische Lehren‘ gesagt hat.“ „Welt“-Leser erfuhren freilich nur: „SPD-Politiker Steffen weist Darstellung zurück“ — und dachten sich ihren Teil über Politiker-Dementis. Daß der „Welt“-Redakteur ausgerechnet hier Kummer mit seinem Ohr hatte, erfuhren sie nicht.



„Welt“-Karikatur (Hicks)
Des „roten Jochen“ politischer Standort

Berdem analysierte „Welt“-Chef Kremp das Geschehen von Würzburg und Eutin unter der verbindenden Überschrift „Radikalismus am Wochenende“. Kremp entdeckte, daß die „Brandt an die Wand“-Parolen von Würzburg und Steffens Angriffe auf Pressemonopole in Wirklichkeit das gemeinsame „Duett der entgegengesetzten Gruppen“ seien. „Politisch ernst zu nehmen“ seien allerdings nicht die Töne von Würzburg, sondern die weit gefährlicheren Töne aus Eutin, denn „Steffen streitet für einen proletarischen Sozialismus“ und gegen die „bürgerliche Welt“. Die einzige Sorge, die Kremp aus Eutin und Würzburg erwuchs: der „unerbittliche Sozialismus ... im Falle eines Steffen-Sieges“.

So arbeitet „Die Welt“, seit die Sozialdemokraten Jochen Steffen wählten. Einem ganzseitigen CDU-Hofbericht („Helmut Lemke kann ein gutes Erbe übergeben“) folgte am letzten Dienstag als Anti-Steffen-Aktion eine ganzseitige „Zusammenstellung von Selbstzeugnissen“. Überschrift: „Der ‚rote Jochen‘, Prediger des Klassengegensatzes“. Als „Selbstzeugnis“ („Ich hob die 45er, und zwi-